

Japans
Tokio, 9. März.
In aller Form der
aus dem Völkerbund
dem Kaiser vorgelegt
mit der Frage des
formliche Notifizie-
z dem Völkerbund

erbundsaustritt.
e Kabinett gab am
in japanischen Aus-
smelle Zustimmung.
f Utschida den In-
ser mitgeteilt. Der
am Freitag behan-
formelle Ankündi-
ölkverbunde am 20.

Bischhof.
che Oberkommando
r Provinz Bischhof
ote und 1200 Ver-

ich gelernt.
ungskonferenz teil
freiheit.

Regierung hat dem
3. Henderson, zur
bedeutungsvolle
Regierung die Un-
der Mehrheit des
fischen Streit von
erdurch gezwungen
überverammlung des
panische Regierung
stellung eines plan-
keiten und erklärte
Abstützungskonfe-
ich verpflichtet, der
gewisse bedeu-
tionalen Verteidi-
olge der neuen im
meiblich geworden
der Abstützungsa-
zeugung der japa-
g, die gegenwärtig
gehend zu berück-
g wird in Konfe-
klärung neuer je-
me an einem Ab-
nung der japani-

ollmachten
greß verlangt
ngion, 9. März.
r Botschaft, die er
aufenden wird und
ehendes Ermächti-
ollmachten vor-
eingreifen gibt.
des Gesetzes vor-
verlegen, um Ro-
Reformpläne aus-

achrichten.
leuchtung! Zu die-
Volksfestschalle am
fonhaus zu haben

nd Weltpolitik:
alle in Bethel.

DERN
größe 1.25 M., weißer
2.25 M. u. 2.70 M.
l. graue Daunen
1.50 M. u. 2.20 M.
n 4.50 M. Muster
M. 20. — an franko-
feld zurück.
Cham 315 (Bayern)

ertag, Sonntag.
Affapheim eine
lut und Studien-
n. Ferner wirken
des C. B. j. M.
er (Klavier). Der
eird am Ausgang
en mal auf un-
eingeladen.
Telefonhaus und
at abgegeben
erung frei Haus!

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.96 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.96 (inkl. Postgeld). — Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 60.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 11. März 1933.

15. Jahrgang.

Sei dankbar für das Glück, das dir der Herr bestimmt,
Und gib es gern zurück, wenn er es wieder nimmt.
Es ist kein Gut so groß, er hat noch Größeres eben,
Und nimmt dir Eines bloß, um Andres dir zu geben.
Rückert.

Amerikas Bankenkrise.

Es ist in Deutschland nur wenig beachtet worden, daß vom Finanzausschuß des amerikanischen Senates in der Zeit vom 18. Dezember 1931 bis zum 10. Februar 1932 außerordentlich ausführliche Untersuchungen über den Vertrieb ausländischer Anleihen durchgeführt wurden, die nicht nur für die direkt beteiligte Bevölkerung der USA, sondern auch für die gesamte Welt von großem Interesse hätten haben sollen. Die bei dieser Gelegenheit vorgenommenen Vernehmungen hervorragender amerikanischer Bankvertreter verdienen vielmehr auch heute noch die besondere Aufmerksamkeit der den internationalen Bankiers verschuldeten europäischen Welt und damit in erster Linie der Wallstreet verpflichteten deutschen Anleihebesitzer. Nun umfaßt aber die über die besagte Senatsenquete vorgenommene Veröffentlichung nicht weniger als 2179 Seiten und ist daher schon rein technisch einer breiteren Öffentlichkeit nicht zugänglich. Um so dankbarer muß man dafür sein, daß ein unglücklicher Hans Buske-Verlag, Leipzig, herausgegebenes Buch von Robert Kuczynski: „Wall Street und die deutschen Anleihen (Bankierprofite und Publikumsverluste)“, durch Veröffentlichung wesentlicher Auszüge aus den Vernehmungsprotokollen des Senatsausschusses erheblich dazu beiträgt, um die Schuldenmacherei, die in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt üblich gewesen ist und die hier keineswegs entschuldigt werden soll, doch in beträchtlich milderem Lichte erscheinen zu lassen.

Aus den Protokollen geht unzweifelhaft hervor, daß die deutschen Amerika-Anleihen keineswegs nur darauf zurückzuführen waren, daß sich die Kreditgeber an die Banken wandten, sondern daß in überaus zahlreichen Fällen die Großbanken die Kreditnehmer durch ihre Beamten und Agenten wie auch durch andere Banken in der Heimat der Kreditnehmer direkt anlockten. Aus der Fülle des in dieser Hinsicht vorliegenden Beweismaterials sei nur die Rede erwähnt, die bereits im Jahre 1927 Thomas W. Lamont, Teilhaber von J. P. Morgan u. Co., auf dem panamerikanischen Kongress hielt. Derselbe bezog sich auf Berichte, die er „kurzlich über amerikanische Bankiers und Firmen gehört habe, die wie rasend miteinander konkurrieren, um Anleihen auf verschiedenen überseeischen Geldmärkten zu erlangen“, und er hat dann weiter gesagt: „Natürlich bedeutet es eine Versuchung für gewisse europäische Regierungen, wenn sie eine Horde amerikanischer Bankiers auf ihrer Türschwelle sitzen sehen, die ihnen Geld anbieten. Es wirkt demoralisierend auf Gemeinden und Gesellschaften in den gleichen Ländern, wenn ihnen Geld aufgedrängt wird. Diese Art von Wettbewerb führt zu Unsicherheit und Unsolidität.“

Zu seinem eigentlichen Thema: der Feststellung der „Bankierprofite und Publikumsverluste“ bei den deutschen Amerika-Anleihen, errechnet dann Kuczynski an der Hand eines ungemein umfangreichen Sach- und Zahlenmaterials, daß die internationalen Bankiers, deren „Dollarbondgeschäft bereits vor zwei Jahren abgebrochen war“ mit demselben einen Reingewinn von 50 Millionen Dollar erzielten, während das amerikanische Publikum daran 265 Millionen Dollar verlor, wenn man eine Gesamtbilanz nach dem Stande vom Herbst 1932 zieht. Dies Resultat ist für den amerikanischen Sparrer und Kleinkapitalisten um so unerfreulicher, wenn man in den Vernehmungsprotokollen von den enormen Summen liest, die bei den Anleihen an Provisionen der verschiedensten Art gezahlt wurden, wenn man weiter hört, daß die internationalen Bankiers stets betreibt waren, die aufgelegte Anleihe nun auch so schnell und gründlich wie möglich im Publikum unterzubringen und selbst tunlichst wenig dieser so warm empfohlenen Wertpapiere in Händen zu behalten. Im Senatsausschuß kennzeichnete Senator Conally dies Verfahren dem Vertreter der National-City-Company mit den Worten: „In bezug auf ausländische Bonds sind Sie wie der Kneipwirt, der niemals trank. Sein Bisky war zum Verkaufen gemacht, nicht zum Trinken!“ Deutlicher kann man sich über die Moral der damit angeprägerten Geschäftemacherei nicht gut aussprechen, und es sei deshalb auf jeden weiteren Kommentar verzichtet.

Jedenfalls ist die Stimmung, die in der breitesten Öffentlichkeit Amerikas nach Abschluß der Senatsuntersuchungen den amerikanischen Großbanken gegenüber herrschte, durchaus begreiflich, und es konnte deshalb nicht wunder nehmen, wenn der neugewählte amerikanische Präsident Roosevelt seine derzeitige Wahlkampagne zu einem nicht unerheblichen Teil mit Angriffen auf Großkapital und Börse bestritt, und ein Eingreifen der Staatsgewalt beiden gegenüber im öffentlichen Interesse für unabwendbar erklärte. Wer von uns im Ringen um Wahlentscheidungen „ohne Sünde“ ist, der „werfe den ersten Stein“ auf ihn, auch wenn vielleicht hinter den Worten Roosevelts nicht die unbedingte Tatenschloffenheit gestanden haben sollte, wie vielfach behauptet wurde.

Ein eigenartiges Schicksal will es aber, daß die Weltwirtschaftskrise nunmehr noch vor dem eigentlichen Amtsantritt Roosevelts das Eingreifen der amerikanischen Staatsgewalt in das Bankwesen der USA in einem Umfang notwendig macht, wie es noch vor kürzester Frist kein Finanzspezialist für möglich gehalten haben würde. Die Bankenkrise, von der Amerika heute geschüttelt wird, nimmt Ausmaße an, deren Folgen — auch in bezug auf die sich in den USA immer mehr regende Bankenfeindschaft — noch in keiner Weise abzusehen sind. Vorderhand kann nur registriert werden, daß die Bankenabzüge, die vom Publikum vorgenommen werden, zu einschneidenden Sperfristen und Beschränkungen für die Auszahlungen Veranlassung gegeben haben. In nicht weniger als einem Duzend der Einzelstaaten Amerikas — darunter in New York, New Jersey und Michigan, um die Hauptkrisenherde zu nennen — sind bereits Ausnahmegesetze erlassen, und wenn nicht alles täuscht, dürfte noch Hoover ein von beiden Parlamenten angenommenes Notstandsgesetz für ganz Amerika unterzeichnen, durch das die Nationalbanken aller Staaten unter die Aufsicht der Staatsgouverneure gestellt werden. Damit würde dann dem zur Zeit bestehenden Wirrwarr der einzelstaatlichen Moratorien und Maßnahmen ein Ende gemacht, gleichzeitig aber das gesamte amerikanische Bankensystem einer fast unbegrenzten behördlichen Finanzdiktatur unterstellt.

Inwieweit die Bankenkrise sich zu einer ausgesprochenen Dollarkrise auswachsen könnte, läßt sich bislang schwer übersehen. Daß die Aktien und insbesondere die Bankaktien fallen, ist selbstverständlich, und daß angesichts der Stimmung im großen Publikum eine gewisse Flucht aus dem Dollar einsetzt, ist weiter nicht verwunderlich. So steigen denn zur Zeit die ausländischen Devisen — auch die deutsche Reichsmark — an der New Yorker Börse. Auch finden beachtliche Goldoverschiffungen aus den USA nach Europa statt. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß London durch erhebliche Dollarkäufe die Dollarbaase, die naturgemäß eingestürzt hat, abzufangen sucht. Die englische Finanzpolitik dürfte es weniger darauf abgesehen haben, den Dollar zu stützen, wie das durch die Dollarkäufe tatsächlich geschieht, als darauf, bei der ganzen Affäre ein möglichst gutes Geschäft zu machen. Man rechnet demnach in London mit keinem Abfließen des Dollars und bekundet damit sehr deutlich sein Vertrauen zur amerikanischen Währungsgrundlage.

In den USA ist die Unruhe und Nervosität naturgemäß groß, und da man auch im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten den Brunnen erst zuzudecken pflegt, wenn das Kind hineingefallen ist, sind allerhand Untersuchungen ausschließlic im Gange, von denen die Rolle der Großbanken bei den Einzelvorgängen, die zu der Krise geführt haben, festgestellt werden soll, bei denen auch Fälle angeblicher Steuerhinterziehungen von Bankgewaltigen usw. anhängig gemacht werden. Man würde umfichtiger gehandelt haben, wenn man sich die Ergebnisse der eingangs behandelten Senatsenquete über die deutschen Anleihen zur rechten Zeit hätte zur Warnung dienen lassen. Das amerikanische Volk und seine „internationalen Bankiers erleben heute am eigenen Leibe die Folgen einer durch und durch ungesunden Profitstucht und Geschäftemacherei, von der Th. W. Lamont, der Teilhaber von Morgan u. Co., wie wir oben erwähnten, vorausschauend sagte: Diese Art von Wettbewerb führt zu Unsicherheit und Unsolidität.“ — Es ist sonst verpönt, im Wirtschaftsleben unserer Zeit von einer Moral zu sprechen und damit gegen die These von der „Eigengefährlichkeit der Wirtschaft“ zu verstoßen. Doch wenn selbst ein Bankfachmann der Weltfirma Morgan seine Bedenken einer Geschäftspraxis gegenüber äußert, die gegen das Sündige, was der Laie unter Treu und Glauben im Geschäftsverkehr versteht, darf man sich ihm ja wohl, ohne verläßt zu werden, anschließen.

Gedanken über das Wahlergebnis.

Das bei einer jeden Wahl in die Erscheinung tretende Wahllieber ist verschwunden. Eine der grandiossten Wahlschlachten ist geschlagen, und unbefrönter Sieger ist, das wird Freund und Feind nicht ableugnen können, der Reichskanzler Adolf Hitler. Es ist bekannt, daß die Regierungsparteien, wie insbesondere das Reichskabinett selbst, diesen Wahlkampf mit hochgesteckten Zielen führten. Denn sollte die Wahl überhaupt einen Sinn haben, dann nur, wenn es der NSDAP und der Kampffront „Schwarz-weiß-rot“ gelang, 51 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich zu gewinnen. Nur so erhielt man die Möglichkeit, aus eigener Kraft zu regieren, frei und losgelöst von aller parteimäßigen Gebundenheit der letzten vierzehn Jahre. Diefem hohen Einsatz galt die, wenn auch etwas einseitige, Aufmachung des Wahlkampfes in Form und mit Mitteln, die nicht allseitig gutgeheißen wurden. Der Rundfunk, nur den Mitgliedern der Regierung zur Verfügung stehend, war in diesem Wahlkampf ein wirkungsvolles Propagandamittel. Flugzeuge brachten die Redner von der einen Ecke des Vaterlandes in die andere. Und obwohl Herr Reichsminister Dr. Hugenberg finanziell in der Lage war, von diesen technischen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, hat er doch im Reichstag nur die alte Mandatsziffer so eben halten können, während bei der Landtagswahl ein kleiner Erfolg ertritten wurde, der jedoch fast ausschließlich auf die stärkere Wahlbeteiligung zurückzuführen ist. Das bedeutet, angesichts der Tatsache, daß Herr v. Papen der Kampffront ausgezeichnete propagandistische Dienste leistete und der Stahlhelm doch auch eine beachtliche Verstärkung brachte, einen negativen Erfolg, umso mehr, wenn man bedenkt, daß Hugenberg in seiner Eigenschaft als Ernährungsminister eine klare Agrarpolitik betreibt, aber gerade in landwirtschaftlichen Gegenden die meisten Stimmen verlor und Hitler dort das Rennen vorwiegend allein machte. Mag es, vom Standpunkt der Reichstagsmehrheit aus gesehen, einerlei sein, wer von den Regierungsparteien die Stimmen bekam, so darf man wohl annehmen, daß innerhalb dieser Parteien eine Ausgleichung der Macht zu begrüßen gewesen wäre. Es ist nicht immer angenehm, einen allzu großen Bruder zu haben, der wohl beschützen, aber auch dem kleinen seinen Willen aufzwingen kann.

Von den bürgerlichen Parteien hat sich nur das Zentrum behauptet. Die Bayer. Volkspartei hat einen starken Einbruch der NSDAP in Bayern nicht verhindern können. Das bedeutet nicht nur eine zukünftige Kräfteverschiebung im Bayerischen Landtag, sondern trifft Bayern da, wo es am verwundbarsten ist, nämlich in der Wahrung bayerischer Reservatrechte, und in Verbindung damit hat der ewige Hinweis auf die Errichtung der Mainlinie ansehnend das Gegenteil bewirkt. Eine so starke Nazipartei in Bayern, aber der Reichsregierung in Berlin treu ergeben, bedeutet einen Pfahl im Fleisch, und wir können es eines Tages erleben, daß die Geld und Schaffer, anstatt die Mainlinie zu ziehen, lieber die Mainlinie bauen werden. Jedenfalls wird ihnen nach diesem Wahlausfall das aus parteitaktischem Bedürfnis heraus inszenierte Klappern mit der Mainlinie nicht gut bekommen und mehr Vorsicht ratsamer erscheinen lassen.

Aber auch das Zentrum wird, obwohl äußerlich und ziffernmäßig nicht geschwächt, über den unerwarteten Ausfall der Wahl nicht sehr entzückt sein. Es hat viel verloren, nämlich seine Schlüsselstellung, die es seit 1919 und fast immer seit Bismarcks Zeiten innegehabt hat, was ihm die Möglichkeit gab, bald mit rechts, bald mit links zu regieren. Dadurch erhielt das Zentrum eine ungeheure Machtposition, die es hervorragend auszunutzen verstand. Diese Stellung hätte das Zentrum auch jetzt nach dem 5. März wieder beziehen mögen. Dr. Brüning gab am Freitag in der gewaltigen Sportpalastkundgebung der Berliner Zentrumspartei die Bereitwilligkeit der Mitarbeit zu erkennen, wenn gewisse Vorbedingungen, z. B. daß Deutschland ein Rechtsstaat bleibe, garantiert würden. Nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses hat der Reichsminister Brüning sich beeilt, dem Zentrum die kalte Schulter zu zeigen, da es bei einfacher Abstimmung nicht mehr zur Erreichung einer Mehrheit benötigt wird. Das ist für das Zentrum bitter, schafft aber klare und ruhig-handelsfreie Verhältnisse.

Die Mittelparteien sind weiter zusammengekommen. Die Staatspartei hat sich durch ihre Listenverbindung mit der Sozialdemokratie gerettet; sie erhielt 5 statt bisher 2 Mandate, aber noch nicht 1 Prozent Stimmen. Die stärksten Verluste erlitt die Deutsche Volkspartei, die von 11 auf 4 Mandate herabglitt. Leider hat auch der christlich-sozialen Volksdienst statt des erhofften Zuwachses einen kleinen Verlust erlitten. Die Mittelgruppen zusammen

erhalten noch nicht einmal Fraktionsstärke, was für die praktische Arbeit recht un bequem ist.

Die stärkste Spannung konzentrierte sich wohl auf die Frage, wie die SPD und KPD abschneiden würden. Diesen Parteien war besonders in Preußen die Wahlpropaganda durch Versammlungen, Plakate, Handzettel u. dergleichen untersagt, in Preußen waren auch sämtl. Zeitungen verboten worden. Letzteres traf zum Teil auch für die Länder zu. Der Brand im Reichstag jagte wie ein Schrecken durch die Lande, gab Veranlassung zu den schärfsten Maßnahmen und rüttelte die Gleichgültigen auf. Das Ergebnis? Die SPD verlor im Reich ein Mandat und in Preußen 13 Mandate, während die KPD im Reich einen Verlust von 13 Mandaten zu buchen hatte, in Preußen aber 6 Mandate gewann. Manche nennen das einen größeren Einbruch in die marxistische Front; er kann aber auch ebenso als weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben bezeichnet werden. Uns gilt dieses Resultat als ein Beweis für unsere im „Aufwärts“ mehrfach ausgesprochenen Behauptung, daß der Marxismus nur mit Machtmitteln nicht zu überwinden ist. Karl Marx, dessen 50. Todestag kürzlich gefeiert werden sollte, hat nach eingehenden Studien der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland, Frankreich und England in seinem Werk „Kapital und Arbeit“ eine so gewaltige Grundlage für den Aufbau der sozialistischen Organisation geschaffen, die drei Generationen hindurch mit größter Leidenschaftlichkeit in die Köpfe der Arbeiter hineingehämmert wurde, in immer neuen Variationen, bald in der Partei, bald in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen, Genossenschaften, Arbeiterbildungsvereinen, Sportvereinen usw., daß polizeiliche Verbote zur Beseitigung nicht ausreichten. Man wird wohl dem Gedanken Ausdruck geben dürfen, daß dadurch die Kerntuppen, auch wenn kleine Wahlverluste zu buchen sind, nur noch fester untereinander verbunden werden. Selbst wenn es gelingen sollte, in einem vierjährigen Plan mit den wirtschaftlichen Schäden aufzuräumen, dann darf die geistige Ueberwindung des Marxismus, wenn sie überhaupt gelingt, auf eine jahrzehntelange Arbeit rechnen. Durch die Machtmittel des Staates niedergehalten, bleibt die Arbeiterschaft der Nation fremd, schafft zweierlei Volk, das sich in Feindschaft gegenübersteht. Es wird kein Friede werden. Oder glaubt man, daß die am Sonntag zu anderen Parteien übergetretenen Marxisten von Montag ab keine mehr wären? Soweit man das in Berlin beurteilen kann, ist ein beachtlicher Teil der Kommunisten an die Wahlurne getreten mit einem Stimmzettel für die NSDAP. Sehr erfreulich! Aber der Beweggrund? Etwas aus Ueberzeugung oder aus Furcht oder, wenn man will: Vorsicht? Nein! Der Grund war ein anderer, der aber bestimmt nichts von einem Gesinnungswechsel spüren läßt. Druck erzeugt Gegendruck. Wenn dieses Wort heute noch Wahrheit ist, dann sollte man mit jähem Geduld es lieber im mühevollen Arbeit mit der geistigen Ueberwindung versuchen, mit der die Heilung der sozialen Räte Hand in Hand gehen muß. Allerdings sei, um Mißverständnissen vorzubeugen, auch mit aller Deutlichkeit gesagt, daß, wer selbst den Weg der Gefährlichkeit verläßt, sich das Schwert der Obrigkeit gefallen lassen muß. Wo es aber gezogen wird, darf die Gerechtigkeit nicht darunter leiden. Darum pflegen wir alle die Einigung im Geist christlicher und vaterländischer Liebe, statt Haß und Feindschaft.

Eine ungeheure Verantwortung liegt auf des Deutschen Reiches Führung. Mögen die Männer, selbst vom besten Willen befeuert, rechtzeitig die Gefahren erkennen, die in unserem durch Rot und Leid zerrütteten Volk teilweise noch im Verborgenen schlummern. Eine gewaltige Aufräumarbeit, die der Beseitigung der wirtschaftlichen und seelischen Räte unseres Volkes gewidmet sein muß, ist zu leisten. Soll das große Werk gelingen, muß der gut gefinnende Teil des Volkes mithelfen. W. B.

Rettennde Taten.

Ein weiterer Weg der Wirtschaftsbelebung auch ohne Geld.

In einer Stadt, (— denke jeder: seine wär's, und prüfe, was er von folgendem für seine Gemeinde brauchen kann, wenn auch etwas umgewandelt, —) kam ein arbeitsloser, leergepflandeter „Hausbesitzer“ zu mir. Er wäre jetzt in seinem ehemaligen Eigentum Hausverwalter. Das Ladenlokal, das er früher darin gehabt hätte, stünde leer. Denn sein Nachfolger sei auch schon bankrott gemacht, und ob wir das Ladenlokal nicht brauchen könnten für unsere Arbeitsgemeinschaft der gegenseitigen Hilfe. — Wir mieteten es. Mietpreis zur Hälfte in bar, zur Hälfte in Sachleistungen. (Wir hätten es auch ganz in Sachleistungen kriegen können.) — Zweie von uns setzten es instand. Dafür bekamen sie ein Leistungsguthaben bei der Gemeinschaft. Das war so gut wie bar Geld. Denn sie konnten sofort darüber verfügen, durch einfache Uebertragung auf andere in der Arbeitsgemeinschaft gegen Sachen oder Arbeitsleistungen, die sie brauchten. Genau so wie bei Postcheckkonto oder Sparkassenkonto oder Bankkonto Geld-Guthaben übertragen werden durch Ueberweisungsschecks. Sie konnten sofort Nahrung „kaufen“, welche sie am nötigsten hatten, denn sie waren beide erwerbslos. — Dann machten dreie von uns Ladenlokal und Wandbänke. Diese dreie hatten nun auch Guthaben und konnten diese tauschen gegen solche Dinge, die sie nötig hatten. — Nun wurde der Vermieter des Ladens angestellt bei unserer Arbeitsgemeinschaft als Verwalter der „Buchstelle“. So nannten wir das. Weil er die doppelte Buchführung verstand. — Und nun gings los! Jeder brachte, was er hatte und erarbeitete: Sägebänke, Feilen, Säbmer, Säfer, Kartoffeln, Spaten, Zucker, Körbe, Bilder, Salatöl und hundert andere Dinge. Jeder bekam

Die Frage des polnischen Korridors im Lichte französischer Interessen.

Von O. Bungeoth.

Man muß sich eigentlich darüber wundern, daß Frankreich, das doch immer von der Befriedung Europas spricht und vom Zusammenschluß aller kontinentalen Staaten, natürlich unter seiner Hegemonie, sich so hartnäckig sträubt gegen jeden Versuch, die Korridorfrage im völkerrechtlichen Sinne zu regeln. Aber diese Haltung hat ihren guten Grund. Soweit die den Korridor bis Odlingen durchfließende Weichsel abliegt von dem Frankreich in allererster Linie interessierenden Rhein, so besteht doch zwischen Rhein- und Weichselpolitik ein sehr enger Zusammenhang. Hatte doch Frankreich erst Polen zu seiner Forderung des Korridors seinerzeit angeflist, um auf diese Weise Deutschland in die Zange zu nehmen an Rhein und Weichsel. Er würde sofort sämtliche Sympathien und die Mitarbeit Polens verlieren, wenn es dessen Nachstellung nicht auf alle Weise unterstützte. Im Gegenteil wird Frankreich nach wie vor alles tun, um Polen den Korridor zu erhalten.

Freilich wird die Stellung der beiden Staaten, Frankreich und Polen, in der Korridorfrage immer unhaltbarer; vor allem ist es Amerika, das schon seit langer Zeit Zweifel an der volkspolitischen Berechtigung Polens zur Besetzung des Korridorgebietes geäußert hat. Hatte sich Wilson 1919 sehr schlecht unterrichtet gezeigt über die Verhältnisse im deutschen Osten, und sich von der polnischen Propaganda, die mit gefälschten Karten und Statistiken arbeitete und selbst dort, wo deutsche Rathäuser, Städte und Dörfer anschaulich für den deutschen Ursprung zeugten, das polnische Urheberrecht in Anspruch nahm, so ist das in der neuesten Zeit anders geworden. Der bekannte amerikanische Senator Borah zeigte sich sehr genau über die Bevölkerungsverhältnisse des Korridorgebietes unterrichtet, als er vor zwei Jahren bei einem Zusammenstoß mit dem polnischen Geschäftsträger in Washington mit erfreulicher Offenheit die gewalttätige Polonisierung dort als Gewaltpolitik kennzeichnete und die sogenannten „wissenschaftlichen“ Versuche poln. Gelehrter, Polens Anspruch auf das Korridorgebiet zu begründen, sehr anschaulich und glaubwürdig widerlegte. Noch fataler als die Ueberschätzung des von den Franzosen sehr gefürchteten Senators Borah sind für sie natürlich Presseäußerungen in ähnlichem Sinn, die im eigenen Lande laut geworden sind. So schreibt La Volonté am 18. Januar 1933, also in allerneuester Zeit: „Man muß ehrlich zugeben, daß das einzig wirkliche Heilmittel, nämlich die europäische Union, hätte gelingen können, wenn sie nicht auf einen ungelösten Zwiespalt aufgebaut worden wäre. . . Der Danziger Korridor ist die Klappe; jeder Versöhnungsversuch wird sich daran brechen, solange diese Frage nicht gelöst ist. Am 3. Juli 1918 haben sich Clemenceau, Lloyd George und Orlando geeinigt, als sie in Versailles die Erklärung abgaben: „Die Schaffung eines einigen und unabhängigen Staates mit freiem Zugang zum Meer ist eine der Bedingungen für einen dauerhaften, gerechten Frieden und für den Rechtszustand in Europa. . . Alle großen Propheten haben sich geirrt von 1923 an; 1933 ist der Korridor der Zankapfel geworden, die Hauptursache des europäischen Unglücks.“

Leider verhalten derartige zur Einsicht und Ehrlichkeit mahnende Stimmen nur gar zu schnell in Frankreich, und die Regierung selbst, ob rechts oder links orientiert, bleibt bei ihrer vorgefaßten chauvinistischen Meinung. So schreibt 8 Tage später L'ère Nouvelle, 25. Januar 1933: „Wenn die Deutschen die Revision der deutschen Ostgrenzen fordern, dann machen sie keinen Hehl aus ihrem Anspruch auf den Besitz unzweifelhaft polnischer Gebiete, wie das polnische Pommerellen — den berühmten Korridor — und das polnische Oberschlesien.“ Diese Meinungsäußerung dürfte der Ansicht der französischen Regierung

durchaus gerecht werden. Es liegt im Interesse Frankreichs, Polen den Besitz des Korridors zu erhalten und die Wilson gegenüber betonte Behauptung aufrechtzuerhalten, die dortige Bevölkerung wüßte nichts feindlicher, als unter polnische Herrschaft zu gelangen. Dabei haben selbst auch die 106 000 Kaschuben im „Korridor“, die nach Sprache und Kultur gar nicht zu den Polen gehören, die polnische Herrschaft ebenso energisch abgelehnt, wie die deutsch-sprechenden Teile der Korridorbevölkerung. Der Korridor ist und bleibt das wichtigste Verbindungsstück in dem Bündnis zwischen Frankreich und Polen.

Immer noch hält Frankreich mit der diesem sonst so wetterwendischen Volke eigenen Zähigkeit in außenpolitischen Fragen an der Absicht fest, dem West-Locarno ein Ost-Locarno folgen zu lassen. Locarno im Westen soll Vorbild bleiben für die gesamteuropäische Grenzregulierung, vor allem, wenn es sich um die Festlegung der deutschen Ostgrenze und ihre Verewigung handelt. Würde sich nach Frankreichs Ansicht doch aus einer Veränderung dieser Grenze für Deutschland eine Verleitung zur Begehrlichkeit ergeben, zu dem Versuch, an dem stolzen und festgefühten Bau des Versailler Vertrages zu rütteln. Mit dem Festhalten an dem Locarnopakt und seiner Vorbildlichkeit für das gesamteuropäische Sicherheitssystem bringt Frankreich die Nichtrevision am Rhein mit der an der Weichsel in engste Verbindung.

Für die engen Zusammenhänge zwischen französischer polnischer Rhein- und Weichselpolitik zeugt die Haltung der beiderseitigen Politiker seit Jahren schon. Als im Jahre 1928 die Frage der Rheinlandräumung zur Entscheidung drängte, setzte der damalige polnische Außenminister Jaleski alles daran, die französischen Besatzungstruppen am Rhein festzuhalten. Vor zwei Jahren aber schiederte Franklin-Bouillon in der Pariser Kammer den Satz in die Debatte: „Frankreichs Ostgrenze liegt an der Weichsel.“ Dieser Satz läßt tief blicken und die geheimnisvollen Fäden französischer West- und Ost- oder französischer Rhein- und Weichselpolitik erkennen. Die völlige Wehrlosigkeit des deutschen Westens, nämlich die Entmilitarisierung der Rheinzone, einschließlich 50 Kilometer auf dem rechten Rheinufer, gestattet der französischen Politik eine beständige Bedrohung des deutschen Revisionswillens nach Ost und West. In Locarno hatte Frankreich England und Italien zu Garanten der Grenzregulierung im Westen gemacht, also zwei Staaten, die weitaus lagen von dem zu regulierenden Gebiete. Aber beide Staaten empfinden mehr und mehr diese ihnen auferlegte Verpflichtung als eine Last. Freilich ist kaum zu erwarten, daß das ewig schwankende England sich vorderhand zu einem festen Entschluß aufrafft, wie seine Haltung in der österreichischen Waffenfrage augenblicklich zeigt. Daß aber die öffentliche Meinung in England doch schon anders gestimmt ist in der Beurteilung der deutschen Grenzfragen in Ost und West, geht daraus hervor, daß „Daily Express“ vor kurzem die Frage eines Rücktritts von Locarno in die Erörterung warf.

Viel deutlicher wird natürlich die italienische Presse. Schon im September 1932 fragte die Turiner „Stampa“, wie man verlangen könne, daß die Rheinlandgrenze, die auch von Italien garantiert worden sei, schutzlos bleiben solle, während auf der anderen Seite ein Leistungssystem vorhanden sei, das nur dem Namen nach ein Verteidigungssystem wäre. Mitte Oktober erklärte der militärische Mitarbeiter desselben Blattes, auf der französischen Seite müsse eine der deutschen gleiche entmilitarisierte Zone errichtet werden, sonst sei es ein Mißverhältnis, das nur dazu diene, einen etwaigen Krieg auf das deutsche Gebiet hinüberzupielen. „Tevere“ spricht in gleichem Sinne von der entmilitarisierten Zone als von einem prächtigen „Exerzierplatz“ des französischen Heeres, was stark anklingt an Richelieus Ausrufung, das Rheinland müsse Frankreich als „Duellplatz“ dienen.

Bei der Aufrollung der Locarnofrage wäre Frankreich neben seiner französisch-polnischen Bündnissicherung das

ein Bild und nahm dafür den Gegenwert gleich mit in Nahrung. Denn als wirklicher Künstler hungerte er, als „zeitgemäße Erscheinung“. Das Bild nahm der Bauer mit, der ein Kind geliefert hatte an ein Metzger-Mitglied in unserer Arbeitsgemeinschaft, und dafür ein Guthaben hatte. — Der Maler schickte sofort ein zweites Bild. Das kaufte ein Beamter gegen Geld. Da hatten wir auch das Geld für die Miete. — Weiteres Geld brachten unsere Erwerbslosen-Mitglieder, die ihre Unterstützung einzahlen gegen ihre nötigen Lebensmittel. Diese bekamen wir wiederum im Leistungsaustausch ohne Geld.

So lief unsere gegenseitige Hilfe. Drinnen und draußen: im Laden oder „Die Buchstelle“, wie wir das nannten, und außerhalb der Buchstelle im unmittelbaren Verkehr der Mitglieder untereinander. Dabei bedienten sich die Mitglieder einfacher Ueberweisungsschecks, und die Buchstelle schreibt diese Ueberweisungsschecks zu und ab und von einem auf den andern. Dasselbe wie jede Bank jede Sparkasse, jedes Postcheckamt. Nur nicht in Geld, wie diese, sondern Leistungsguthaben.

Zwischen Arbeit auf der einen Seite und dem Arbeiter auf der anderen Seite schiebt sich nicht mehr der Geldmensch mit seinem Gelde, der heute die beiden nicht zusammenkommen läßt. Zwischen uns schiebt sich aber auch keiner mehr, der Kredite geben will in irgendwelcher anderen Form, mit Geld oder ohne Geld, aber nie ohne Rente. Wir tauschen, tauschen. Solange bis wir alles haben, dessen wir bedürfen. Um das zu können, müssen wir arbeiten und immer wieder arbeiten. Damit wir Leistungsguthaben zum Tauschen haben. Wer nicht arbeitet, hat nichts zu essen. Und soll es auch nicht nach der Bibel.

Heinrich Dölle, Siedler im Heilgrund zu Kleinenberg bei Scherfede, Kreis Büren, Westfalen.

Bedenkliche Frage im Weltkrieg früher oder später

General v.

Antlich Mit Rii
schen Bevölker
weitere Erha
nung nicht g
von dem 8 2
28. Februar
brauch gemach
behörde, sowie
heit und Dre
men und sie
tragen.

Vor der C
kommissar für
Medungen ein
Vorschlag des
von Epp zum
habe. Diese A

„Die Nach
far durch die
sei, entspricht
rung hat sich in
der Reichsregie

Cor

Die bayere
denken in Ver
lagshaltung zu
kommen treten
hin telegraphi
11 Uhr einber

In den M
ge vor das La
Landespolizei-
de im Einver
tentzweifeln
dem Landtags
und das Hof
hausturm eine

Kurz nach
jauchender Se
miffar des Re
und den SS-
tion München
Nachtag an.

Überbringe
verlassen haben
Kuriers“ ist v

Generalleut
1868 in Münch
lichen vierten
schen Expedition
Schultruppe für
Hottentotten-Auf
rischen Infanter
September 1914
dem er in 1914
tämpfte. Nach
Freikorps; Otto
brigade 21 des
fanterieführer d
fördert und im
Generalleut
des Reichstages.

München

gen der SS. f
waren, began
Fackelträger
helm mit seine
Um 22 Uhr r
halle zwei Ze
Das Rondell
Weit hinein i
an Kopf. Un
M.-Uniform
Mhm. Als e
gingen an de
die schwarz-w
den zählende
das Deutschle
Oberst von L
tung des Tag

Hierauf f
Wagner, der
leitung des M
Die kommisi
diums habe d
rend Gauleit
des Innern,
kommen, best
lers Stiller u
den Worten i
der Menge
„Siege-Heil“
Liedes schloß
SA. erfolgte.

In der Z
SS. sowohl
dium und die
das Rathaus

im Interesse Frank-
zu erhalten und die
nichts aufrechtzuerhal-
nicht fehnlicher, als
ngen. Dabei haben
„Korridor“, die nach
Bolen gehören, die
abgelehnt, wie die
Korridorbewohner. Der
te Verbindungsstück
und Bolen.

der diesem sonst so
gkeit in außenpoli-
West-Lozano ein
no im Westen soll
Bische Grenzregulie-
Festlegung der deut-
handelt. Würde
einer Veränderung
Verleitung zur Be-
an dem stolzen und
trages zu zittern.
akt und seiner Vor-
Sicherheitsystem
Rhein mit der an

wischen französisch-
zeugt die Haltung
ren schon. Als im
räumung zur Ent-
polnische Außen-
Öffentlichen Befähigungs-
zwei Jahren aber
Pariser Kammer
Ostgrenze liegt an
tlichen und die ge-
ist und Ost- oder
erkennen. Die
estens, nämlich die
schließlich 50 Kilo-
katt der französisch-
des deutschen
In Lozano hatte
ranten der Grenz-
zwei Staaten, die
den Gebiete. Aber
diese ihnen auf-
eillich ist kaum zu
ngland sich vorder-
ft, wie seine Hal-
age augenblicklich
g in England doch
lung der deutschen
aus hervor, daß
eines Rücktritts

italienische Presse.
uriner „Stampa“,
einlandgrenze, die
schutlos bleiben
in Festungssystem
nach ein Verteidig-
ärkte der militäri-
der französischen
entmilitarisierte
Ritzverhältnis, das
auf das deutsche
richt in gleichem
e als von einem
schen Heeres, was
g, das Rheinland
n.

wäre Frankreich
bnisicherung das

ert gleich mit in
hungerte er, als
nahm der Bauer
Wegger-Mitglied
ür ein Guthaben
weites Bild. Das
reit wir auch das
brachten unsere
stützung einzah-
iese bekamen wir
Beld.

innen und drau-
ie wir das nann-
mittelbaren Ber-
bei bedienten sich
schecks, und die
hecks zu und ab
e wie jede Bank,
r nicht in Geld,

nd dem Arbeiter
mehr der Geld-
beiden nicht zu
b sich aber auch
gendwelter an-
aber nie ohne
e bis wir alles
können, müssen
en. Damit wir
er nicht ar-
auch nicht nach

zu Kleinenberg

Bedenkliche die Wiederaufrichtung der deutschen Grenz-
frage im Westen. Es fürchtet vor allem, daß Deutsch-
land früher oder später aus der Anerkennung seiner mi-
litärischen Gleichberechtigung die Regulierung nicht nur

seiner Ostgrenze und die Beseitigung des Korridors, son-
dern auch die Aufhebung seiner rheinischen Entmilitari-
sierung oder gleiche Behandlung Frankreichs an seiner
Ostgrenze als Folgerung ziehen könnte.

Bayern unter dem Hakenkreuz

General von Epp Bayern-Kommissar. — Der Landtag und die Ministerien von SA befehzt.
SS-Führer Himmler Leiter der Polizeidirektion München.

Berlin, 10. März.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Mit Rücksicht auf die Beunruhigung der bayeri-
schen Bevölkerung und mit Rücksicht darauf, daß die
weitere Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ord-
nung nicht gewährleistet war, hat die Reichsregierung
von dem § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom
28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat Ge-
brauch gemacht und die Befugnisse der obersten Landes-
behörde, soweit sie die Erhaltung der öffentlichen Sicher-
heit und Ordnung zum Gegenstande haben, übernom-
men und sie dem General a. D. Ritter von Epp über-
tragen.

Vor der Ernennung des Generals von Epp zum Reichs-
kommissar für die bayerische Polizei liefen aus München
Medungen ein, wonach die bayerische Staatsregierung auf
Vorschlag des Ministerpräsidenten Feld den General Ritter
von Epp zum Generalkommissar in Bayern ernannt
habe. Diese Nachricht wurde dann wie folgt dementiert:

„Die Nachricht, daß ein Generalstaatskommissar
durch die bayerische Staatsregierung bestellt worden
sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die bayerische Re-
gierung hat sich in dieser Frage mit dem Reichspräsidenten und
der Reichsregierung in Verbindung gesetzt.“

Sonnabend Landtagssitzung

Die bayerische Regierung ist mit dem Landtagspräsi-
denten in Verbindung getreten, um möglichst bald eine Land-
tagssitzung zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten zu-
sammensetzen zu lassen. Der Landtagspräsident hat darauf-
hin telegraphisch den Landtag auf Sonnabend vormittag
11 Uhr einberufen.

In den Abendstunden zog in München eine große Men-
ge vor das Landtagsgebäude und verlangte den Abzug der
Landespolizei-Wache. Auf dem Gebäude des Landtags wurde
im Einvernehmen mit dem Landtagspräsidenten die Haken-
kreuzfahne aufgezogen. Während der Kundgebung vor
dem Landtagsgebäude sang die Menge das Deutschlandlied
und das Horst-Wessel-Lied. Weiter wurde auf dem Rat-
haussturm eine Hakenkreuzflagge gehißt.

Kurz nach der Ernennung Epps wurde von nationalso-
zialistischer Seite verkündet, daß General von Epp als Kom-
missar des Reiches zugleich die Polizeigewalt übernehmen
und den SS-Führer Himmler zum Leiter der Polizeidirek-
tion München bestellt habe. Himmler gehört auch dem neuen
Reichstag an.

Überbürgermeister Scharnagel soll danach das Rathaus
verlassen haben. Das Verlagsgebäude des „Bayerischen
Kuriers“ ist von SA- und SS- befehzt worden.

Generalleutnant a. D. Ritter von Epp wurde am 16. Oktober
1868 in München geboren. Er nahm 1900 bis 1901 im Kaiserli-
chen vierten Ostasiatischen Infanterieregiment an der ostasiati-
schen Expedition und 1904 bis 1906 als Kompaniechef in der
Schuttruppe für Südwestafrika an der Bekämpfung des Herero-
hottentotten-Aufstandes teil. Als Bataillonskommandeur im bayeri-
schen Infanterieleibregiment rückte er im August 1914 ins Feld.
Im Dezember 1914 übernahm er die Führung dieses Regiments,
mit dem er in Frankreich, Belgien, Serbien, Rumänien und Italien
kämpfte. Nach dem Kriege führte Generalleutnant von Epp ein
Freikorps; Oktober 1919 übernahm er die Führung der Schützen-
brigade 21 des neuen Heeres. Im Jahre 1920 wurde er zum In-
fanterieführer der 17. (bayerischen) Division des Reichsheeres be-
fördert und im Dezember 1923 verabschiedet.

Generalleutnant a. D. Ritter von Epp ist seit 1928 Mitglied
des Reichstages.

München, 9. März. Nachdem die ersten Abteilun-
gen der SA schon um 18 Uhr zur Feldherrnhalle gezogen
waren, begann um 19.30 Uhr der SA-Aufmarsch mit
Fackelträgern und Fahnen, an dem sich auch der Stahl-
helm mit seinem Landesführer Oberst von Lenz beteiligte.
Um 22 Uhr wurden vor der Freitreppe der Feldherrn-
halle zwei Fahnen des Gewerkschaftshauses verbrannt.
Das Rondell vor der Feldherrnhalle war abgesperrt.
Weit hinein in den Odeons-Platz stand die Menge Kopf
an Kopf. Um 22.15 Uhr erschien General von Epp in
SA-Uniform mit Gauleiter Wagner und Stabschef
Röhm. Als er die Freitreppe der Feldherrnhalle erstieg,
gingen an den Fahnenmasten die Hakenkreuzfahne und
die schwarz-weiß-rote Fahne hoch, und die nach Tausen-
den zählende Menschenmenge sang mit erhobener Rechten
das Deutschlandlied. Nach der Ansprache Epps nahm
Oberst von Lenz das Wort, der ebenfalls auf die Bedeu-
tung des Tages hinwies.

Hierauf sprach der nationalsozialistische Gauleiter
Wagner, der unter großem Beifall der Menge die Ab-
teilung des Münchener Polizeipräsidenten Koch mitteilte.
Die kommissarische Leitung des Münchener Polizeipräsi-
diums habe der SS-Führer Himmler übernommen, wäh-
rend Gauleiter Wagner zum Kommissar im Ministerium
des Innern, soweit die polizeilichen Ressorts in Frage
kommen, bestellt sei. Wagner gedachte des Reichskanz-
lers Hitler und des Reichspräsidenten Hindenburg mit
den Worten des Dankes und brachte ein dreifaches von
der Menge mit brausendem Beifall aufgenommenes
„Siege-Heil“ aus. Mit dem Gesang des Horst-Wessel-
Liedes schloß die Kundgebung, worauf der Abmarsch der
SA erfolgte.

In der Zwischenzeit hatten Abteilungen der SA- und
SS- sowohl das Landtagsgebäude wie das Polizeipräsi-
dium und die Ministerien des Innern und des Äußern,
das Rathaus und das Gewerkschaftshaus befehzt. Die

Befehlungen erfolgten ohne Widerstand. Ruhestörungen
und Zwischenfälle haben sich, soweit bisher bekannt, nicht
ereignet.

In später Nachtstunde verlautet, daß die angekün-
digte Landtagssitzung nicht stattfinden werde. Eine Be-
stätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

Konzentrationslager für die Kommunisten.

Der neue Reichstag tagt ohne Kommunisten.

Frankfurt a. M., 9. März. In einer Massenkun-
gebung der Nationalsozialisten, in welcher auch Prinz
August Wilhelm das Wort nahm, erklärte Reichsinnen-
minister Dr. Frick u. a. das Folgende:

Bei den Ereignissen der letzten Tage handele es sich
um eine deutsche Revolution, der gegenüber die Novem-
ber-Revolution von 1918 gemeine Meuterei und Landes-
verrat gewesen sei. Kläglich hätten die Novemberver-
brecher das Feld geräumt. Man solle sich über einige
Kleinigkeiten, die passierten, nicht aufregen. Diejenigen,
die das nationale Deutschland seit Jahren bis aufs Blut
gepeinigt hätten, sollten froh sein, daß die nationale Er-
hebung sich in so würdiger und disziplinierter Form voll-
ziehe. Die Flaggenfrage werde vom nächsten Reichstag
geregelt. Der Erfolg der Wahlen lege der Regierung
die Verpflichtung auf, nun endgültig mit dem volksfeind-
lichen Marxismus aufzuräumen. Es müsse Schluß damit
gemacht werden, daß die Kommunisten in den Parla-
menten der Städte, Länder und des Reiches noch etwas
zu sagen haben. Wenn am Tage des Frühlingsanfanges,
am 21. März, der neue Reichstag zusammentrete, würden
die Kommunisten durch dringende und nützlichere Arbeit
verhindert sein, an der Sitzung teilzunehmen. Diese
Herrschaften müßten wieder an fruchtbringende Arbeit
gewöhnt werden. Dazu werden wir ihnen, so fuhr der
Minister fort, in Konzentrationslagern Gelegenheit geben.
Wenn sie sich dann wieder zu nützlichen Mitgliedern der
Nation erziehen lassen, wollen wir sie als vollwertige
Volksgenossen willkommen heißen. Sonst aber werden
wir sie auf die Dauer unschädlich zu machen wissen. Auf
die gegenwärtige Lage eingehend, erklärte Dr. Frick, daß
die Nationalsozialisten durchaus für einen gesunden Föder-
alismus besonders in kultureller Beziehung seien. Was
anderes aber sei es mit einer einheitlichen Politik des
Reiches nach außen. Die Reichsregierung wolle nicht zu-
lassen, erklärte er, daß da irgendeine Landesregierung
eine andere Politik treibe, als die Reichsregierung. Des-
wegen habe man auch jetzt in den Ländern mit jenen
Zuständen aufräumen müssen, die dem Ergebnis der
Willenskundgebung des deutschen Volkes nicht mehr ent-
sprächen. Der Hinweis, daß General von Epp nunmehr
die vollziehende Gewalt in Bayern übernommen habe,
wurde mit stürmischem Jubel aufgenommen.

Aufruf des Polizeikommissars

Dresden, 10. März.

Der Reichskommissar für die staatliche Polizei in Sach-
sen, von Killinger, hat folgenden Aufruf erlassen: „Der
Reichsminister des Innern hat mich wegen Gefährdung der
öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Lande Sachsen be-
auftragt, die zur Erhaltung dieser Sicherheit und Ordnung
notwendigen Maßnahmen zu treffen.“

Ich habe das Amt übernommen und werde
mit allen dem Staate und mir zu Gebote stehenden Mitteln
jede Störung der Ordnung, des Verkehrs und der friedlichen
Arbeit der Bevölkerung zu verhindern wissen. Soweit die
SA- und SS- von sich aus es für notwendig gehalten hat,
in Verwaltung, Polizei und Verkehr einzugreifen, danke ich
ihre für die von ihr getroffenen vorbeugenden Maßnahmen.
Sie sind nunmehr jedoch durch den mir gewordenen Auftrag
hinfällig geworden.

In Zukunft muß es mir überlassen bleiben, alle notwen-
digen Maßnahmen und Eingriffe anzuordnen und durchzu-
führen. Es sind deshalb alle von der SA- getroffenen Amts-
handlungen und Eingriffe unverzüglich aufzuheben, soweit
ich oder die mir unterstellten Behörden und der Gruppen-
führer Sachsen nicht für gut befinden, sie aufrecht zu erhal-
ten. Die Hakenkreuzfahnen und die alten Reichsflaggen blei-
ben gehißt.

Ich erwarte von der Disziplin der SA-, daß sie im Ver-
trauen darauf, daß ich Herr der Lage sein werde, allen mei-
nen Befehlen pünktlich nachkommt. Ich werde dafür sorgen,
daß auch in Sachsen in kürzester Zeit dem Willen des Vol-
kes die ihm gebührende Achtung bezeugt wird.

Die Bevölkerung des Landes ermähne ich, ruhig wie
bisher ihrer Arbeit nachzugehen und Ansammlungen zu ver-
meiden, um nicht Gefahr zu laufen, an Leib und Leben
Schaden zu erleiden. Ich werde nicht zurückschrecken, alle
Personen, die die Ruhe und Ordnung stören, oder zur Ar-
beitsseinstellung auffordern, der härtesten Strafe zuzu-
führen.“

Repräsentantenhaus nimmt Roosevelts Vorlage an.

Washington, 9. März. Das Repräsentanten-
haus nahm am Donnerstag die Roosevelt-Vorlage an, die
eine Blankovollmacht für Goldembargo, Valutahandel
usw. vorsieht.

Gewerkschaftshäuser befehzt

Hakenkreuzflagge auf dem Preussischen Landtag. — Pazi-
listen in Schutzhaft genommen. — SA- vor der Berliner
Börse.

Berlin, 10. März.

Auf Anordnung des Präsidenten Kerr wurde auf dem
Gebäude des Preussischen Landtags die Hakenkreuzflagge
aufgezogen; anschließend wurde auch die schwarz-weiße und
die schwarz-weiß-rote Flagge gehißt. Am Tage der preußi-
schen Kommunalwahlen, also am Sonntag, sollen die
schwarz-weißen Landesfarben in der Mitte, rechts die Haken-
kreuzflagge und links die alte Reichsfahne Schwarz-Weiß-
Rot gezeigt werden.

In den Mittagsstunden marschierte eine SA-Abteilung
vor dem in der Burgstraße gelegenen Gebäude der Berliner
Börse auf. Eine Abordnung der SA- begab sich in das
Börsegebäude und forderte den Rücktritt des Börsenvor-
standes. Vorübergehend befehzt wurde das Gewerks-
chaftshaus am Engel-Platz. Kriminalpolizei und Hilfs-
polizei nahmen eine eingehende Durchsuchung vor. Bei dieser
Durchsuchung wurde umfangreiches Druckschriftenmaterial
beschlagnahmt; drei Personen wurden zwangsgestellt.

Aus Gründen der Staatsicherheit ist der Geschäftsfüh-
rer der Deutschen Friedensgesellschaft, Küster, sowie der
Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft, Polizeioberst
a. D. Lange, der auch im Vorstand der Liga für Menschen-
rechte saß, in Schutzhaft genommen worden.

In Breslau ist, wie jetzt noch bekannt wird, bei der
Durchsuchung des Gewerkschaftshauses, aus dem geflohen
worden war, der Sohn des Dekonomen des Gewerkschafts-
hauses erschossen worden. An anderer Stelle wurde in Bres-
lau ein 30-jähriger Bauarbeiter von politischen Gegnern in
einem Streit so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

In Jh-e-h-e wurden drei Kommunisten verhaftet, die
mit der Schreibmaschine gedruckene Flugblätter verteilten,
die zur Ermordung der Hilfspolizei aufforderten.

Ein Toier und zwei Verletzte bei Befehzung des Gewerk-
schaftshauses in Braunschweig

Braunschweig, 9. März. Vom zuständigen Seite
wird zu den Vorgängen bei der Befehzung des Gewerk-
schaftshauses u. a. mitgeteilt, daß ein SS-Mann vor dem
„Volksfreund“-Gebäude von einer Menge Leute nieder-
geschlagen worden sei, die das Hakenkreuzabzeichen tra-
gen, offenbar aber Reichsbannerangehörige waren. Die
Polizei ordnete an, das Gebäude zu beschlagnahmen. Diese
Aufgabe wurde den Organen der Hilfspolizei übertragen.
Die Insassen des Gebäudes verbarrikadierten sich. Die
Türen wurden daraufhin gewaltsam geöffnet. In der
Buchhandlung und in der anschließenden Geschäftsstelle
kam es dann zu einem erbitterten Kampf. Hierbei wurde
zuerst von den Häuserinsassen auf die Hilfspolizei geschos-
sen, die den Widerstand dann mit Gewalt brach. Ein 25-
jähriger Insasse des Gebäudes wurde erschossen. Auf dem
Gebäude wurde die Hakenkreuzfahne gehißt. Später kam
es dann zu einzelnen Angriffen, insbesondere wurden die
Posten der Hilfspolizei von der Friesenstraße aus unter
Feuer genommen. Dabei wurde ein Hilfspolizist ange-
schossen. Die Kommunisten schickten Kinder vor, um hin-
ter ihnen hergehend Feuerüberfälle ausführen zu können.
Bei diesen Schießereien wurde ein halbwüchsiger Junge
angeschossen. Im „Volksfreund“-Gebäude waren u. a.
Waffen, insbesondere Infanterie-Munition in größerem
Umfange gefunden. Das „Volksfreund“-Gebäude bleibt
bis auf weiteres restlos beschlagnahmt.

Auch in den Abendstunden setzten sich die Feuerüberfälle
fort. Kommunisten hatten sich hinter eine Kirchenmauer
zurückgezogen und schossen von der sicheren Deckung aus
auf das von der Polizei befehzte Gebäude. Ebenfalls wurde
aus Dachluken geschossen.

Zwischenfälle in Sachsen

SA-Mann bei der Befehzung des Dresdener Gewerkschafts-
hauses erschossen.

Das Volkshaus und das Gebäude der sozialdemokrati-
schen „Volkszeitung“ in Dresden wurde von SA-Leuten
befehzt. Während der Durchsuchung des Gebäudes fielen aus
einem der gegenüberliegenden Häuser mehrere Schüsse, durch
die der 19 Jahre alte SA-Mann Hans Melzer durch Kopf-
schuß lebensgefährlich verletzt wurde. Polizei räumte darauf
mit aufgepflanztem Seitengewehr die Häuser, aus denen die
Schüsse fielen. Melzer ist bald darauf seinen Verletzungen
erlegen.

Zu einem ähnlichen Zwischenfall kam es in der sächsi-
schen Stadt Wurzen. Als starke Abteilungen auf An-
ordnung des Reichskommissars für die sächsische Polizei, Kil-
linger, das Gewerkschaftshaus befehzen wollten, wurden sie
aus dem Gebäude heraus mit scharfen Schüssen und mit
Handgranaten angegriffen. Die SA- erwiderte das Feuer.
Nach einem Handgemenge befehzte die SA- das Gebäude.
Es erfolgten 50 Festnahmen. Vier SA-Leute wurden ver-
letzt, darunter zwei schwer.

In Löbau, Zittau, Meißen und Zwickau und zahlreichen
anderen sächsischen Orten wurden die Volkshäuser und so-
zialdemokratischen Druckereigebäude befehzt. Der Bürger-
meister von Oelsnig, der die Hakenkreuzflagge und die
schwarz-weiß-rote Fahne selbst vom Rathaus heruntergeholt
und auf das Dach geworfen hatte, wurde in Schutzhaft ge-
nommen. Das Rathaus wurde von den Nationalsozialisten
befehzt und die Flaggen wieder aufgezogen.

Abrechnung mit dem Landesverrat.

Aus Gründen der Staatsicherheit sind endlich Führer
der Deutschen Friedensgesellschaft und der Liga für Men-
schenrechte in Schutzhaft genommen worden. Die meisten
aus diesem Kreise des organisierten pazifistischen Landes-
verrats sitzen bereits in der Schweiz oder in Paris. So
ist wenigstens dem weiteren landesverräterischen Trei-
ben dieser Gesellschaft ein Riegel vorgeschoben. Aber
das kann erst die Einleitung zu der notwendigen
Abrechnung mit dem Landesverrat sein. Welchen Schaden
sie dem deutschen Volke mit ihrer Wühlarbeit unter dem
Schutz des schwarz-roten Regimes zugefügt haben, wissen
wir zur Genüge. Jetzt ist es an der Zeit, daß der Verrat
auch sichtbar seine Sühne findet.

Der Kampf um Wien.

Regierung Vollzug sieht in Nationalrat-Einberufung durch Straßner verfassungswidrigen Akt.

Wien, 9. März. Eine amtliche Mitteilung zu der Einberufung durch Präsident Dr. Straßner befragt u. a., die Regierung habe ihren Standpunkt, wonach sie in einer solchen Einberufung einen verfassungswidrigen Akt sehe, nichts hinzuzufügen. Sie halte sich streng an die Verfassung und sei daher pflichtgemäß gehalten, einer drohenden Verfassungsbeugung entgegenzuwirken.

Die Christlichsozialen Nachrichten zentral teilt über die Beratungen der Partei u. a. mit, daß das Vorgehen der Regierung reiflos gebilligt worden sei.

Die parteiamtliche sozialdemokratische Korrespondenz teilt mit, daß an Stelle der verbotenen Kundgebungen in den Sektionslokalen über 200 kleinere Versammlungen abgehalten worden seien.

Infolge des außerordentlichen Nachtaufgebotes, das von der Regierung gestellt wurde, ist keine Ruhestörung vorgekommen. Infolgedessen konnte auch in der Nacht die strenge Bereitschaft der Polizei und die Marmierung der Garnisonen wieder aufgehoben werden.

Preußischer Flaggenerlaß

Berlin, 10. März.

Der Kommissar des Reiches für das preußische Kultusministerium hat folgenden Erlaß an die nachgeordneten Behörden gerichtet:

Aus Anlaß zahlreicher, mit zugegangener Anfragen weise ich nochmals darauf hin, daß es der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung dient, wenn in diesen Tagen nationaler Erregung Konflikte, die sich aus der Ablehnung von Flaggenwünschen ergeben können, ausgewichen wird. Eine allgemeine Anordnung steht für die nächste Zeit bevor.

Flaggenfrage wird neugeregt

Berlin, 10. März.

Im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten hat der Reichsminister des Innern den obersten Reichsbehörden mitgeteilt, daß die Flaggenfrage binnen kurzem einer Neuregelung unterzogen werde. Da die im Weltkrieg Gefallenen, deren Andenken der kommende Sonntag geweiht ist, ihr Leben unter den früheren Reichsfarben schwarz-weiß-rot hingegeben haben, sehen die Behörden am 12. März auf den Reichsdienstgebäuden nur die Farben schwarz-weiß-rot.

Reichsminister Göring hat in seiner Eigenschaft als Reichstagspräsident die Fraktionsführer für den kommenden Mittwoch zu einer Besprechung nach Berlin gebeten.

„Horst-Wessel-Haus“

Das Karl-Liebknecht-Haus, die bisherige Hochburg der KPD, das jetzt der Politischen Polizei, und zwar ihrer neugegründeten Abteilung zur Bekämpfung des Bolschewismus zur Verfügung gestellt worden war, ist in Horst-Wessel-Haus umbenannt worden. Ein großes provisorisches Schild mit dem neuen Namen wurde über dem Haupteingang angebracht.

Güldewänsche Kuffolins an Hitler. Reichskanzler Hitler empfing den italienischen Botschafter Cerruti, der ihm im Auftrage Mussolinis dessen persönliche Glückwünsche zu dem großen Wahlerfolg der Nationalsozialisten übermittelte.

Verschiedenes.

Sozialer Studentenkursus 1933.

Die Evangelisch-soziale Schule in Spandau veranstaltet vom 6. bis 12. April 1933 einen Soziallehrgang für Studenten aller Fakultäten. Im Rahmen dieses Lehrganges wird über die Krise des Kapitalismus sowie über die christliche Wirtschaftsethik verhandelt. Die Fragen der deutschen Arbeiterbewegung und der wirtschaftlichen Verantwortung der Gewerkschaften werden durch zwei grundlegende Vorträge zur Aussprache gestellt. Im Zusammenhang damit stehen Erörterungen der Wirtschafts- und Sozialverfassung überhaupt, sowie Erwägungen des Einbaues berufständischer Ordnungen in den Staatsbau. Den Abschluß der Tagung bildet ein Ueberblick auf grundsätzliche Debatten über die soziale Arbeit der Kirche. Der Lehrgang steht wie alljährlich unter Leitung von Professor Brunstäd-Nostok.

Anmeldungen von Studenten aller Fakultäten werden entgegengenommen von der Geschäftsstelle der Evangelisch-sozialen Schule, Spandau, Johannesstift.

Die hannoversche Landeskirche zur gegenwärtigen Zeitlage. Die vor kurzem veröffentlichte Rundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses „Die Kirche ist für alle da“ wird seitens des Ev.-luth. Landeskirchenamts allen Pfarrämtern zur Rundgebung von der Kanzel am kommenden Sonntag empfohlen. Dazu spricht das Ev.-luth. Landeskirchenamt Hannover in einer betreffenden Verfügung aus:

„In diesen Tagen tiefster politischer Bewegung des ganzen Volkes wird es Aufgabe der Landeskirche sein, sich ihrer Verpflichtung gegenüber allen ihren Gliedern und gegenüber dem ganzen Volke bewußt zu sein. Die Kirche ist mit ihrem Volke aufs Engste verbunden; sie erlebt alles mit, was es in Freude und Trauer erschüttert; sie begrüßt alles, was sich an hoffnungsvollen Kräften in ihm regt, an neuer opferfreudiger Liebe zum Volkstum,

auch alle Maßnahmen, die den Willen bekunden, im Geshorjam gegen Gott Ehrfurcht, Scham und Treue unserem Volksleben zurückzugewinnen. Dabei ist die Kirche sich bewußt, daß nur eine von den Parteien und Gruppen unabhängige Kirche jetzt unserem Volk den einzigartigen Dienst erweisen kann, allen das Wort Gottes zu sagen.“

Unser Volk rüstet sich, den Volksstrauch am kommenden Sonntag zu begehren. Dieses wird ein Anlaß sein können, in besonderem Maße nun auch die Lage zu berücksichtigen, in die unser Volk durch die neuesten Ereignisse veretzt ist, und in lebendiger Anknüpfung an das große opfernde Geschehen der Vergangenheit wird die Kirche ihre einigende und in Gott heiligende Verkündigung ausgeben lassen.

Local- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. „Konnersreuth in evangelischer Beleuchtung“ darüber spricht am Sonntag, den 12. März Dr. Manitius in der Volkslesehalle, Zimmerstraße. Eine Zeitslang-machte Theresie Neumann, die Stigmatisierte von Konnersreuth, viel von sich reden. Dr. Paul Lechler, Neustadt am Harz, Haus Lebenswende, hat in einer kleinen Schrift jetzt davon erzählt, daß auch eine evangelische Kranke dieselben Erscheinungen der Wundmale erlebt hat infolge Suggestion. Dadurch steht die merkwürdige Sache jetzt wieder neu zur Erörterung. Der Evangelische Bund läßt Dr. Manitius darüber reden und ladet zu der Versammlung am Sonntag herzlich ein. Als Eintrittspreis werden 20 Pfennige erhoben.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel.

Sonntag, den 12. März 1933. Reminiszere.

8½ Uhr: Passionsgottesdienst, Pastor Brandt; 9 Uhr: D. Simon, anschließend Beichte und Abendmahl; 10 Uhr: Pastor Brandt; 11½ Uhr: Kindergottesdienst.

Passionsgottesdienste:

Dienstag, 19½ Uhr: Pastor Brandt.

Donnerstag 19½ Uhr: Pastor Brandt.

Kirchliche Nachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 12. März 1933: 10 Uhr vorm. Hauptgottesdienst, Pastor Hopmann; 2½ Uhr nachm. Konfirmandenprüfung, Pastor Dahlmann.

Freitag den 17. März 1933: 8 Uhr abends Passionsgottesdienst mit Abendmahlsfeier, Pastor Hopmann.

Bethel.

— Wie im vorigen Jahre werden die Gottesdienste am Sonntag um 9 Uhr in Sarepta und um 10 Uhr in Zion als Trauergottesdienste ausgestaltet. Die Gemeinde wird dazu herzlich eingeladen.

Kein Konfirmand darf ohne Lebenswegweisung bleiben!

Wählen Sie darum für den Gabentisch

Bücher von Prof. Lic. Paul Sturm

Im Ringen um Wahrheit

Inhalt: Von brennenden Glaubens- und Lebensfragen. Vom Anaben zum Mann. Von Liebe und Ehe. 128 S. RM 2,80. Geb. RM 3,80.

Urteile: Licht in überraschender Fülle bereitet sich über alle Lebensfragen aus, über die tiefsten, religiösen zuerst, dann über die fast noch einschneidendere geschlechtliche, die mit der hier notwendigen Klarheit und Feinfühligkeit zugleich angefaßt wird. (Dr. Pland). Voll tiefer Religiosität und starkem Drang nach Klärung und Erkenntnis. (Univ.-Prof. Dr. Meiser). Jedem jungen Leser bleibt viel Leid erspart. (Ein Student). Was durch Rede zu leisten ist, ist hier geschehen. (Univ.-Prof. Dr. F. Spranger).

Sonnenland

Schritte ins Licht 7. Tsd.

Aus dem Inhalt: Was das Leben ist. Ueber die Sorgen und über den Sorgen. Einfachheit und Gottesgemeinschaft. Neue Kraft. Jugendziele. Lebensziele. Getrübtes Leid. Friede mit Gott. Gedichte. 100 S. RM 1,50, geb. RM 2,—.

Urteile: Sturm hat die besondere Gabe, nie zu lang weilen. (Eg. Mart). Zeichnet sich durch völliges Fehlen eines „erböulichen“ Tones aus. (Pastoralblätter). Das ist etwas zum Vorlesen (D. A. Hesselbacher). Hier schreibt ein Berufener unserer Jugend. Entscheidendes und Lehtes. (Kettungsboten)

Lach auf

Kleine Kapitel der Zeit voll Scherz und Ernst. 2 Bände, 132 und 143 S. je RM 2,80. Geschenkband je RM 3,80. Gesamtband RM 6,—. Inhalt des 1. Bandes: Fräulein Bampel. Das Tränenhüßchen. Der Mostapfel. Pferderat. Meister Froch beim lieben Gott. Der Flügelhosenhirsch. Die Weltraumrakete. Fahrenlangennot. Der heilige Bürokrat. Von Buhels Lapplein. Götische Wünsche. Die Wunderinsel im Bodensee. Inhalt des 2. Bandes: Die Mimi-Maus. Das Autoradelemädele. Schnee-Wittchen. Bubi, die Fenster-scheibe. Der Katalakra. Deutschstunde bei Prof. Kots. Anneliese bei Dr. Blindheimer. Der angerührte Strumpf. Die vereitelte Hochzeit. Seine Regimenz.

Urteile: Ich habe Tränen gelacht (Hauptlehrer Schmitt). Ich habe nie gern Bücher gelesen; aber „Lach auf“ hat mich eines Bessern belehrt. (Oberinspektor Roth). Nach Form, Inhalt und Straffheit Rabinettstude. (Wilmann Würz). Da gibts viel zu lachen; aber hinter dem Spötter steckt ein nachdenklicher Kritiker unserer Zeit. (Sonntagsboten). Das Besondere dieser lustigen Bücher ist, daß man sie am Familientisch mit Kindern lesen und belachen kann. (H. Harder). Sturm plaudert mit dem Humor, hinter dem der Todesernst steht, der des wirklichen Humors Hintergrund ist. (Christliche Stimmen).

Solche guten Bücher sind nie überflüssig. Ihre Ausstattung entspricht dem gelesenen Inhalt. Ansichtsendung bereitwilligst.

Verlag Franz Tafel, Raulreube

Zur Konfirmation

Das neue Gesangbuch

zu neuen herabgesetzten Preisen

Evangelische Ernst Moritz Arndt-Buchhandlung
Inh. Erich Orzenski, Bielefeld
Bahnhofstraße 22. (gegenüber der Lützowstraße)

Nordsee!

Insel

Amrum!

„Seeheim“ Christliches Erholungshaus
Voll Pension 4.— bis 4,50 RM.

Privatlinderheim Paulsen. Von 60.— RM monatlich an. Fordern Sie Hausprospekte durch den Besitzer der Heime
Gemeindevorsteher Paulsen, Nordseebad Norddorf.

Moderne

AUGENOPTIK

Lieferant sämtlicher Krankenkassen

ERNST MÜNCH, OPTIKER
Brackwede * Ruf 2426

Sämereien für Garten und Feld

Obstbäume, Beerensträucher
beste Sorten

Rosen u. Stauden in guter Auswahl

Dahlien, Knollengewächse

Ziersträucher, Heckenpflanzen

Nadelgehölze, Schlingpflanzen

und sonstige Gartenartikel bietet an die

Gärtnerei der Anstalt Bethel

bei Bielefeld

Suche für meine Tochter, 20 Jahre, zum 1. April oder später

Stelle als Hausmutter

in besserem Haushalt bei vollem Familienanhang. Ohne gegenseitige Vergütung. Gest. Angebote an Fr. Strübe, Großgärtnerei, Herford i. W., Viehtriftenweg 195

Eisen-Metall-Betten
n. Holz- u. Stahl-
Kinderb., Polster, Chaise, an jedem. Preis
Katalog frei. Eisenmöbelabrik Schli (Thür.)

Stellengesuche und Angebote

haben im „Aufwärts“
großen Erfolg!

Die Schöpfungen der Frühjahrsmode

bel
Kempe
Bielefeld Oberstr.

Erich Gauer

Zweck und Ziel der Menschenschöpfung.

(1931). 128 S. Großh. RM 1,80, geb. RM 3,—

Mit vollem Recht kann man behaupten, daß das Buch von Gauer, Lehrer an der Bibelschule zu Wiedenest, eine der wichtigsten Veröffentlichungen für den gläubigen Christen der Gegenwart ist. Dieses Büchlein führt in geradezu meisterhafter Weise ein in die Tiefe und den Reichtum biblischer Lehre. Die Sprache ist voll glühender Lebendigkeit und Farbenpracht. Die Gedanken sind ungemein reichhaltig und vielseitig. Hier liegt wirklich eine gründliche Arbeit vor. Eine praktische Philosophie des christlichen Lebens ist es, ein Buch für die kämpfende Gemeinde. Ich selbst habe mir sofort mehrere Exemplare kommen lassen, um sie zu verschenken. Unfern Predigern habe ich dies Büchlein warm empfohlen, und manche Bibelfunde ist hierdurch neu belebt und reich und tief gefestigt worden. — Einige Ueberschriften seien genannt: „Die Notwendigkeit einer Möglichkeit des Bösen.“ — „Der paradiesische Beruf des Menschen.“ — „Die ewig heitliche Bestimmung des Menschen“ ufm. Nicht herzlich und warm genug kann ich dies Büchlein empfehlen. Es verdient tatsächlich weiteste Verbreitung. Fr. Niemecker, Neumünster.

Wichtig für jedermann, besonders auch für Reichsgottesarbeiter.

Zu beziehen durch die Buchhandlung
B. Gauer, Wiedenest, Kr. Gummersbach
Postfachkonto Köln 40411. [Rheinland]

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlieffach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.